

780
171

AL 2

Seoul/Moskau, 2. März 1993

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem koreanischen Präsidenten Kim Young-Sam am Dienstag, 2. März 1993 in Seoul

Präsident Kim erklärt, es sei für ihn eine große Freude, mit dem Bundeskanzler nach 7jähriger Pause wieder zusammenzutreffen. Er begrüße es, daß der Bundeskanzler als erster deutscher Regierungschef Korea besuche. Der Bundeskanzler sei auch der erste Regierungschef, der mit ihm nach seinem Amtsantritt zusammentreffe.

Der Bundeskanzler bedankt sich und erklärt, er freue sich seinerseits über das heutige Zusammentreffen und auch darüber, daß Kim jetzt Präsident sei. Er hoffe, daß die Tatsache, daß er ihn als erster besuche, ein gutes Omen sei.

Präsident Kim erklärt, der Besuch des Bundeskanzlers sei sehr bedeutend, zumal es sich um den Kanzler der deutschen Einheit handele. Er hoffe, daß dies auch Korea Glück bringe und man vom Bundeskanzler lernen könne.

Der Bundeskanzler erläutert Sinn und Zweck seiner Asienreise. Es gebe hier und da die Meinung, die Deutschen kümmerten sich in erster Linie um die Probleme zu Hause und in Europa sowie darüber hinaus noch um die in Rußland und in Mittel- und Südosteuropa - alles andere interessiere sie nicht.

Diese Meinung sei völlig falsch. Er wolle daher mit seiner Reise das Gegenteil demonstrieren. Seine Absicht sei, den Beziehungen zu Asien eine neue Qualität zu geben, vor allem in den Ländern, die für uns den Schwerpunkt bilden könnten, nämlich Indien, Singapur, Indonesien, Japan und Korea.

Er wolle in die deutsch-koreanischen Beziehungen neue Dynamik bringen. Beispielsweise gebe es über 4.000 koreanische Studenten in Deutschland. Diese Zahl könne man steigern. In Korea lernten eine halbe Million junger Leute die deutsche Sprache, und man habe inzwischen ein Handelsvolumen im Wert von 11 Mrd. DM. Bei den Investitionen lägen die Deutschen an vierter Stelle nach den USA, Japan und Taiwan. Auch hier gebe es noch Ausbaumöglichkeiten.

Sein Wunsch, in die deutsch-koreanischen Beziehungen eine neue Dynamik zu bringen, sei durch die Wahl des Präsidenten noch gestärkt worden.

Auch die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit könne man intensivieren. Er habe dies auch den Japanern vorgeschlagen. Wenn der Präsident einverstanden sei, könne man gemeinsam über die Mitarbeiter ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Er sei hierzu bereit.

Man könne auch regelmäßig miteinander telefonieren, er jedenfalls würde es begrüßen, wenn man den persönlichen Kontakt ausbaue.

Wir würden es auch sehr begrüßen, wenn koreanische Firmen in den neuen Bundesländern investierten. Dort entstünde die blühendste Industrieregion Europas.

Natürlich hätten wir noch Probleme nach 40 Jahren Kommunismus. Aber diese Probleme würden wir lösen. Die nBL seien auch ein guter Standort für Firmen, die den europäischen Binnenmarkt im Blick hätten.

Die Europäische Gemeinschaft werde sich zur Politischen Union entwickeln. GB und DK würden Maastricht ratifizieren. 1995 werde es die Erweiterung um Finnland, Schweden, Norwegen, Österreich geben. Dann habe man es mit einem Markt von 380 Millionen Verbrauchern zu tun. Dies sei auch für Korea von großem Interesse, zumal er nicht wolle, daß die Beziehungen zu Asien allein von Japan dominiert würden. Er wolle intensive Beziehungen auch mit Korea.

In diesem Zusammenhang sei der ICE von besonderer Bedeutung. Der ICE verfüge über die modernste Technologie und könne ein guter Ansatzpunkt für die Zusammenarbeit sein.

Bei alledem hoffe er sehr, daß Korea in der Frage der Teilung Fortschritte erziele. Er sei überzeugt, daß die Zeit für Südkorea arbeite, obschon in Nordkorea möglicherweise viele dies nicht glaubten. Wenn ein Volk seine Einheit wolle, könne das niemand auf Dauer verhindern.

Präsident Kim bedankt sich für die Ausführungen des Bundeskanzlers und erklärt, der Vorschlag, den direkten Kontakt auch telefonisch zu pflegen, gefalle ihm sehr.

Deutschland habe eine führende Position in der EG. Auch er sei bereit, die Zusammenarbeit zu vertiefen. Die koreanische Wirtschaft habe auch großes Interesse an Investitionen in den NBL - es gebe dort schon ein Projekt. In der Tat liege Deutschland bei den Investitionen an vierter Stelle. Sein Wunsch sei es, daß wir auf Platz 3 vorrückten.

Korea verfolge nicht ohne Sorge, daß China und Japan ihre militärische Macht ausweiteten. Er habe gehört, daß der Bundeskanzler Rußland besuchen werde. Er selber sei zweimal mit Gorbatschow zusammengetroffen und habe auch eine Einladung von Jelzin, den er zu grüßen bitte.

Der Bundeskanzler sagt dies zu.

Präsident Kim fährt fort, ein besonders schwieriges Problem seien die Nuklearkontrollen in Nordkorea. Er wäre in dieser Frage für deutsche Unterstützung dankbar. So lange Nordkorea eine Überwachung seiner Nuklearforschung nicht akzeptiere, gebe es keine nennenswerte Möglichkeit der Zusammenarbeit. Man brauche zunächst Vertrauensbildung und Entspannung, bevor man die Einheit wieder erlangen könne.

Ihn würde interessieren, wieso es seinerzeit möglich gewesen sei, daß die Bevölkerung in der DDR westliche Fernseh- und Rundfunksendungen habe empfangen können.

Der Bundeskanzler erklärt, in den ersten 15 Jahren sei der Empfang westlicher Fernseh- und Rundfunksendungen mit Gefängnis bestraft worden. Die Sendungen selbst seien massiv gestört worden. Die technische Entwicklung, aber auch die von uns im Zusammenhang mit einem Milliardenkredit an die DDR gestellte Bedingung, die Störungen zu unterlassen, hätten schließlich dazu geführt, daß fast 80% der Bevölkerung westliche Sender empfangen konnten.

Später sei von uns durchgesetzt worden, daß Rentner aus der DDR zu Besuchszwecken in die Bundesrepublik reisen konnten. Allein 1988 habe es 6 Millionen Reisende gegeben - wobei in dieser Zahl auch Mehrfachreisende enthalten seien.

Dies alles habe letztlich zum Zusammenbruch der Propaganda geführt.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob dem Präsidenten Informationen vorlägen, wonach Nordkorea über Nuklearwaffen verfüge.

Präsident Kim erwidert, er sei nicht sicher, daß Nordkorea jetzt schon Kernwaffen habe, aber es bestehe hinlänglicher Verdacht, daß die Produktion von Kernwaffen im Gang sei und Nordkorea bis 1995 ca. fünf Atombomben produzieren könne.

Der Bundeskanzler erklärt auf die Frage von Präsident Kim, was man aus seiner Sicht tun könne, um dies zu unterbinden. Man müsse vor allem den internationalen Druck gegen Nordkorea verstärken. Dies könne man möglicherweise auch über die VR China erreichen.

Ihn interessiere seinerseits, ob nach Meinung des Präsidenten ein Kurswechsel in Nordkorea möglich sei, solange Kim Il Sung noch am Ruder sei.

Präsident Kim erwidert, es gebe unterschiedliche Möglichkeiten des Zusammenbruchs in Nordkorea. Man müsse daher auf den Eventualfall gut vorbereitet sein. Nordkorea befinde sich in einer schwierigen Wirtschaftslage und sei international isoliert.

Es gebe gewisse Symptome der Veränderungen. Beispielsweise nähmen Reiseführer seit neuestem von Touristen Trinkgelder an. Auch gebe es Hinweise darauf, daß führende Persönlichkeiten in Nordkorea zunehmend Schwierigkeiten mit Kim Il Sung hätten.

Was den ICE betreffe, so werde seine Regierung das deutsche Angebot sachgerecht prüfen. Man müsse schließlich die Bevölkerung überzeugen, daß man die beste Möglichkeit für Korea ausgewählt habe.

Der Bundeskanzler erklärt, wenn es zu einer sachgerechten Entscheidung komme, sei er optimistisch, denn unser Produkt sei gut.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie sich die innenpolitische Szene nach der eindrucksvollen Wahl von Präsident Kim entwickle. Präsident Kim erwidert, es sei erstaunlich, wie groß das Vertrauen sei, das die Bevölkerung der neuen Regierung entgegenbringe. Nach jüngsten Umfragen glaubten über 89%, daß er und seine Regierung in fünf Jahren große Erfolge erzielen würden. Auch die Zusammensetzung seines Kabinetts habe bei 55% der Bevölkerung Zustimmung gefunden.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob beabsichtigt sei, im Gewerkschaftsbereich Änderungen vorzunehmen.

Präsident Kim erwidert, es gebe eine Diskussion über die Zahl der Gewerkschaften. Er sei allerdings der Meinung, daß es nicht sinnvoll sei, wenn fünf Leute in einem Betrieb eine eigene Gewerkschaft gründeten. Im übrigen habe er einen erfahrenen Minister für diesen Bereich.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob es aus Anlaß der Amtseinführung des Präsidenten eine Amnestie geben werde. Hiernach werde er mit Sicherheit von der Presse gefragt.

Präsident Kim erklärt, er beabsichtige in der Tat eine Amnestie, habe aber die Bekanntgabe wegen des Besuchs des Bundeskanzlers einige Tage hinausgeschoben. Er könne dem Bundeskanzler versichern, daß es sich um eine umfassende Amnestie handele. Er habe nichts dagegen, wenn der Bundeskanzler der Presse gegenüber erkläre, daß eine Amnestie geplant sei.

Im übrigen werde er den Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Korruption legen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie sich die Beziehungen zur Volksrepublik China entwickelten.

Präsident Kim erwidert, das Verhältnis habe sich nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen verbessert.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie Präsident Kim die mögliche Entwicklung in der VR China nach Deng Hsiao-ping beurteilt.

Präsident Kim erklärt, die Entwicklung in China sei doppeldeutig: Politisch wolle man den Kommunismus weiterführen, wirtschaftlich dagegen die Marktwirtschaft durchsetzen. Aus diesem Grunde sei es schwierig, die Zukunft nach Deng Hsiao-ping zu beurteilen.

Der Bundeskanzler erklärt, er könne sich nicht vorstellen, wie ein System auf Dauer funktioniere, wenn man einerseits die Wirtschaft liberalisiere, andererseits aber die politischen Rechte einfriere.

Der Bundeskanzler erklärt sodann, er wolle Präsident Kim offiziell zu einem Besuch nach Deutschland einladen. Er würde sich freuen, wenn dieser Besuch nächstes Jahr stattfinden könne.

Präsident Kim bedankt sich für die Einladung und erklärt, er werde Deutschland gerne besuchen. Deutschland sei für Korea das Vorbild, sowohl in der Wirtschaft als auch in der Frage der Einheit.

186
197

Der Bundeskanzler erklärt noch einmal abschließend, ihm liege sehr daran, den deutsch-koreanischen Beziehungen eine neue Qualität zu geben. Das gelte insbesondere für den Bereich der Technologie.

Hartmann

(Dr. Hartmann)